

Offener Brief der thüringischen Attac-Regionalgruppen zur “Reform“ Agenda 2010

1. Bilanz von 20 Jahren Sozialabbau

Die thüringischen Attac-Regionalgruppen attackieren scharf die Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder und unterstützen den konsequenten Widerstand der SPD-Parlamentarier um Ottmar Schreiner, der Grünen um Christian Ströbele, der Gewerkschaften und vieler anderer gesellschaftlicher Gruppen. Denn hier wird unter dem bewussten Missbrauch des Begriffes “Reform“ massiver Sozialabbau betrieben. Diese Politik der letzten 20 Jahre unter Kohl und Schröder mit ihren stets gleichen Mitteln wie steuerlicher Entlastung der Besserverdienenden und Unternehmer, Rückzug des Staates aus öffentlichen Belangen auf der einen Seite und Lohnzurückhaltung und Abbau von Sozialleistungen auf der anderen Seite, ist gescheitert. Das Ergebnis ist u. a. der Rückgang des Anteils der Arbeitnehmereinkommen am BIP, eine extreme Schieflage bei der Verteilung von Geld und Vermögen, Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Städte und Gemeinden. Obwohl die effektive Steuerbelastung der Reichen und Unternehmer – trotz oft gegenteiliger Behauptungen – europaweit mit am geringsten ist, leidet der Exportweltmeister Deutschland unter einer starken Binnenkonjunkturkrise.

2. Wahlkampfplügen

A) Bekämpfung der Arbeitslosen statt der Arbeitslosigkeit

SPD-Wahlprogramm¹ 2002 §4. Arbeitsmarkt, S.27:

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosenhilfe keine Absenkung auf Sozialhilfeniveau.“ – siehe auch §9. S.44

Eine zeitliche Verkürzung des konsumwirksamen Arbeitslosengeldes bzw. die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau ist nicht nur äußerst ungerecht, sondern auch konjunkturpolitisch schädlich und kontraproduktiv, weil dadurch die Nachfrage gehemmt wird. Natürlich sehen wir von den Attac-Regionalgruppen auch einen drängenden Reformbedarf.

Sozialsysteme und staatliche Aufgaben werden zunehmend von den Arbeitnehmern finanziert, während Kapitaleinkommen, Vermögen, Aktiengewinne, Erbschaften immer mehr entlastet und deshalb nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Darum fordern wir eine gerechte Steuerpolitik, die auch Besserverdienende, Erben, Vermögende und Unternehmen wieder angemessen beteiligt. Es ist geradezu absurd, dass diese angeblich zukunftsorientierte Agenda keinerlei konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält, obwohl dies doch eigentlich heute der Schwerpunkt der Regierungspolitik sein müsste. Hier wäre an eine Entlastung des Faktors Arbeit von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben (deutsche Einheit) und an Arbeitszeitverkürzungen zu denken. Beschäftigungsintensive Betriebe würden entlastet, wenn der Sozialversicherungsanteil der Arbeitgeber künftig vom Betriebsumsatz abhinge (Wertschöpfungsabgabe). Die in die Pleite getriebenen Städte und Gemeinden müssen über das Konjunkturprogramm der Agenda hinaus durch eine Gemeindefinanzreform in die Lage versetzt werden, wieder investieren zu können, insbesondere bei der Infrastruktur, bei der Kinderbetreuung und bei der Bildung. Dies würde auch kurzfristig Arbeitsplätze schaffen.

B) Sozialdumping und „Mc Donaldisierung“

SPD-Wahlprogramm 2002 §5. Rechte der Arbeitnehmer, S.28:

¹ *SPD-Vorstand (Hg.): Erneuerung und Zusammenhalt. Regierungsprogramm 2002-2006. Berlin 2002*

„Wir haben deshalb zu Beginn unserer Regierungszeit den sozialen Frieden wiederhergestellt:

Der Kündigungsschutz gilt wieder in kleinen Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten. Die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gilt wieder.“

„...Im Gegensatz dazu gefährden Sozialdumping und der Abbau von Arbeitnehmerrechten nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit.“

Die heutige Krisensituation wird genutzt, um Arbeitnehmerrechte, wie beispielsweise Kündigungsschutz, abzubauen, obwohl kein positiver Effekt am Arbeitsmarkt durch solche Maßnahmen zu erzielen ist. Für besonders gefährlich halten wir die ständige Ausweitung des Billiglohnsektors. Dies führt zu einer verstärkten Umwandlung regulärer Beschäftigung in sozial nicht tragfähige und nicht zukunftsfähige Jobs. Das Lohnniveau, besonders der unteren Einkommensklassen, wird dadurch weiter gedrückt. Die fortwährende Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln führt zu einer „Mc Donaldisierung“ unserer Gesellschaft, d.h. zu einem Heer von Billiglohnarbeitern, die unter allen Umständen gleichzeitig in mehreren Minijobs arbeiten.

C) Verabschiedung der Unternehmer aus der sozialen Verantwortung - das Ende des Solidarprinzips im Gesundheitswesen

SPD-Wahlprogramm 2002 §15. Für ein leistungsfähiges und soziales Gesundheitswesen, S.54:

„Das Prinzip der solidarischen Ausrichtung des Gesundheitswesens bleibt richtig - die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken; ebenso die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber.“

Die Attac-Regionalgruppen verurteilen die weitere Privatisierung von Lebensrisiken im Gesundheitssektor, die oft mit dem Märchen von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen begründet wird. Der Anteil der Gesundheitskosten am BIP hat sich seit 1980 nicht erhöht. Allerdings sind die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung durch die rückläufige Lohnquote und die Massenarbeitslosigkeit gesunken. Die Maßnahmen zur Verringerung der Kassenbeiträge dürfen nicht zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft führen, wie z. B. die private Zusatzversicherung des Krankengeldes, die Einführung von Praxisgebühren und die Erhöhung von Arzneimittelzuzahlungen. Vernünftige Schritte zur Überwindung des tatsächlichen Reformbedarfs (Über-, Unter- und Fehlversorgung) wären dagegen: die Steigerung der Qualität durch Behandlungsleitlinien, die Neugestaltung des Risikostrukturausgleichs, damit auch die Versorgung älterer und chronisch kranker PatientInnen zu einem Anreiz wird und eine aktive, die Arbeitswelt berücksichtigende Präventions- und Gesundheitsförderungs politik. Die Finanzierungsgrundlage der Gesetzlichen Krankenversicherung ließe sich durch die angemessene Kostenbeteiligung aller Menschen (auch von Großverdienern, Selbständigen und Beamten) stärken, d. h. durch die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Die auf Einkommens- bzw. Gewinnmaximierung orientierten Leistungserbringer, also Ärzte, Krankenhausbetreiber, Pharmaindustrie, Pflegedienste etc. müsste man durch Verträge und Anreize dazu verpflichten, nur das zu tun, was gesundheitlich und medizinisch vernünftig, zweckmäßig und wirksam ist.

D) Statt Generationengerechtigkeit - Altersarmut und Privatisierung der Lebensrisiken - der Weg zurück ins 19. Jahrhundert

SPD- Wahlprogramm §13. Generationen miteinander, S.52:

„Wir haben ... die Renten auf hohem Niveau zukunftssicher gemacht.“

Die Etikettierung als Generationengerechtigkeit z. B. solcher Beschlüsse wie der Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre ist absurd. Bereits heute haben Arbeitnehmer mit 50 Jahren kaum Chancen auf Neueinstellung. Deshalb versteckt sich dahinter nur eine massive Rentenkürzung. So wird die heutige junge Generation – trotz höchster Beitragssätze – Rentenleistungen erhalten, die nahe an der Sozialhilfe liegen. Eine Politik, die einerseits die Überalterung der Gesellschaft

beklagt, andererseits dazu beiträgt, dass Kinder zum Armutsrisiko und Karrierehindernis werden, ist verlogen. Insgesamt führt die Schrödersche Agenda, ganz im neoliberalen Geiste, zu einem heftigen Angriff auf die Wurzeln unseres Sozialstaates mit der Perspektive eines gesellschaftlichen Zustandes, wie wir ihn aus dem 19. Jahrhundert kennen: keine Sozialsysteme, keine Tarifverträge, keine handlungsfähigen Gewerkschaften, geschweige denn betriebliche Mitbestimmung. Allerdings muss jedem klar sein, dass dies dann auch mit gefährlichen sozialen Unruhen und einer Destabilisierung unseres demokratischen Systems verbunden ist.

3. Politische Perspektive: Ein soziales Europa als erster Schritt für einen globalen sozialen Rahmen

Von den Verfechtern der Agenda 2010 werden die Globalisierungszwänge als Rechtfertigung ihrer Politik angeführt. Im nationalen Rahmen können jedoch ein Großteil der erfolgversprechenden Reformen verwirklicht werden, wie größere Anstrengungen bei Bildung und Weiterbildung, eine gerechtere Finanzierung der Sozialsysteme und Steuerpolitik oder die überfällige Gemeindefinanzreform. Doch müssen die Schwerpunkte einer nachhaltigen Politik auch im globalen Bereich liegen. Insbesondere müssen auf europäischer Ebene die starren Stabilitätskriterien überwunden werden, die schon seit langer Zeit in der Diskussion sind und z. B. von EU- Kommissionspräsident Prodi kritisiert wurden. Die Orientierung der Politik muß sich weg von einer reinen Marktgesellschaft hin auf die versprochene europäische Sozialunion richten.

Die Attac-Regionalgruppen fordern für die globale Ebene eine Bekämpfung der Steuerflucht, die gigantische Milliardenbeträge am Fiskus vorbei führt. Man muss einen Rahmen für die entfesselten Kapitalmärkte, bei denen nur ein extrem kurzfristiges Profitstreben bedient wird, schaffen; denn sie nehmen keine Rücksicht auf soziale Verhältnisse, Umweltschutz oder Demokratie. Mögliche Maßnahmen sind z. B. eine Devisenspekulationssteuer (Tobinsteuer), ein festes internationales Wechselkurssystem, die Austrocknung von Steueroasen und eine verstärkte Börsen- und Bankenaufsicht. Weiterhin ist eine Einführung von sozialen Mindeststandards auf globaler Ebene dringend notwendig und eine Aufhebung des Primats von Freihandels- und Profitinteressen über soziale Aspekte. Eine Voraussetzung dafür ist die Demokratisierung der internationalen Finanzorganisationen und eine Stärkung der Rechte von europäischen Gewerkschaften und Betriebsräten. Es muss Schluss damit gemacht werden, Gewinne zu privatisieren und die Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Deshalb engagieren sich unsere Attac-Regionalgruppen für die Verhinderung des GATS-Abkommens zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

4. Unterstützung des Mitgliederbegehrens in der SPD und der Proteste bei Grünen und Gewerkschaften

Wir rufen alle Menschen auf, diesen Weg zum Raubtierkapitalismus zu stoppen. Die Attac-Regionalgruppen sehen in der basisdemokratischen Bewegung zum Mitgliederbegehren in der SPD und den Mai-Protesten der Gewerkschaften einen wichtigen Impuls. Denn mit der Agenda 2010 werden nicht nur die Versprechungen des erst wenige Monate zurückliegenden SPD-Wahlprogramms verhöhnt, sondern auch die lange soziale Tradition der SPD ad absurdum geführt. Es besteht die Gefahr, dass gerade eine Rot-Grüne Regierung die soziale Protestbewegung spaltet und schwächt und damit Einschnitte ins soziale Netz bewirkt, die sonst keine Regierung erreichen könnte. Damit öffnet ausgerechnet Rot-Grün das Tor für ständig neue Forderungen des Sozialabbaues von FDP und CDU, den Sprachrohren der Großkonzerne. Letztendlich führt dies zur vollständigen Erosion des Sozialstaates. Es gilt also, die Agenda 2010 als "Reform-Fata Morgana" zu entlarven: Eine Luftnummer zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dazu noch eine Verdrehung ihrer Ursachen!

die thüringischen Attac-Regionalgruppen